

Newsletter 11/2012

Editorial.....	S. 1
Rede von Werner Jung.....	S. 2
Veranstaltungen und Aktivitäten des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 5
Weitere Veranstaltungen	S. 7
Hinweise und Mitteilungen.....	S. 15
Am rechten Rand.....	S. 19
Neu in der Bibliothek.....	S. 20
Impressum.....	S. 22

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**



derzeit wird in Köln wie in anderen Städten viel über die Aufnahme von Flüchtlingen diskutiert. Die Unterkünfte in Köln platzen aus allen Nähten, so ist zu hören. In manchen Heimen müssen Betten in Fluren aufgebaut werden, in Deutz wurden Menschen in einer Turnhalle untergebracht. Statt aber über menschenwürdige Wohnmöglichkeiten zu diskutieren, sind Flüchtlinge nicht selten mit Ablehnung und Misstrauen konfrontiert. Die Politik wie auch die Medien sind hier in der Verantwortung, das Klima nicht weiter zuzuspitzen. Vor zwanzig Jahren konnten sich Neonazis nach einer populistischen Kampagne gegen Asylbewerber ermutigt fühlen, in Rostock mit brutaler Gewalt gegen die in ihren Augen „Sozialschmarotzer“ vorzugehen. Damals war im Vorfeld ein Bedrohungsszenario geschaffen worden, das eine nicht zu bewältigende Menge an „Asylbetrügnern“ und „Scheinasylanten“ suggerierte. Umso vorsichtiger sollte heute mit Flutmetaphern wie „Flüchtlingsstrom“ umgegangen werden.

Denn die extreme Rechte versucht mit diesem Thema Stimmung zu machen. So schreibt die NPD NRW aktuelle, dass es absehbar gewesen sei, „daß sich eine Masse dieser z.T. bettelarmen und sozial wie sittlich mehr als kritikwürdigen Zigeuner (auch dank ihrer bekannten Eigenschaft als Nomadenvolk) auf die reicheren EU-Länder, vornehmlich natürlich Deutschland, stürzen würde, um dort ein spendables und ihnen mehr zugeneigtes System zu finden“. In Dortmund haben Neonazis bereits angefangen, Flugblätter gegen Asylbewerberheime zu verteilen. Aber auch in anderen Städten setzen

Rechtsextreme aktuell auf die „Flüchtlingsproblematik“.

Um deren Hetze zu unterbinden, muss sich auch die Diskussion um Flucht und Migration ändern. Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, dürfen nicht nur als Belastung dargestellt werden. Flüchtlinge sind keine „Sozialschmarotzer“, sondern nehmen ein Menschenrecht wahr. Darauf kann nicht oft genug verwiesen werden.

Im aktuellen Newsletter spielt die Auseinandersetzung mit dem NSU eine große Rolle. Im November 2012 ist es ein Jahr her, dass die rechtsterroristische Gruppe entdeckt wurde. Die Rede von Werner Jung anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Die braune Falle“ widmet sich dieser Thematik (S. 3). Unsere Veranstaltung am 8. November in Mülheim versammelt Impulse, Reflexionen und Statements zu Rassismus und rechter Gewalt in Deutschland (S. 6). Darüber hinaus gibt es auch weitere Veranstaltungen zum Thema (ab S. 7). Die IG Keupstraße hat einen Offenen Brief verfasst, den wir in diesem Newsletter vorstellen (S. 15), und wir stellen eine von vielen Veröffentlichungen zum Thema vor (S. 20).

Zum Schluss noch ein Hinweis: Die Tagung zum Antiziganismus am 16.11. im NS-DOK ist erfreulicherweise ausgebucht. Eine Anmeldung zur Teilnahme ist leider nicht mehr möglich.

Ich bedanke mich herzlich bei Patrick Fels und Hendrik Puls für die Unterstützung bei der Erstellung des Newsletters.

Hans-Peter Killguss

Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Rede von Werner Jung anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Die braune Falle“ am 29. Oktober 2012 im Polizeipräsidium Köln

Wir dokumentieren die Rede von Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums, im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident,
sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrter Herr Präsident des Bundesamtes für
Verfassungsschutz,
meine Damen und Herren!

In der Email, in der ich eingeladen wurde, auf dieser Veranstaltung zu reden, hieß es: Ich möge „ebenfalls zur Sache vortragen“. Dies mache ich gerne und verrate Ihnen vorneweg das von mir gewählte Thema für diesen Vortrag: „Welche Rolle kommt dem Staat (insbesondere den Sicherheitsbehörden) und der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus zu?“ oder etwas verkürzt: „Ist es Aufgabe des Verfassungsschutzes, eine derartige Ausstellung zu zeigen?“

Eingeladen wurde ich ganz sicherlich wegen der langjährigen und sehr guten Zusammenarbeit zwischen dem Polizeipräsidium Köln und dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln. Die Kölner Polizei hat unter ihrem damaligen Polizeipräsidenten Jürgen Roters (dem heutigen Oberbürgermeister von Köln) zusammen mit uns in den Jahren 1996 bis 2000 die Geschichte und Verstrickung der Kölner Polizei in der Zeit des Nationalsozialismus untersucht. Daraus entstanden ein umfangreiches Buch und eine Ausstellung, die wir im Jahr 2000 bei uns im Dokumentationszentrum im EL-DE-Haus, der ehemaligen Kölner Gestapozentrale, gezeigt haben. Die Ausstellung war dann über Jahre hinweg in der Polizeigeschichtlichen Sammlung in Hannover zu sehen und ist erst in den letzten Wochen nach Köln zurückgekommen. Wir werden sie gerne gemeinsam nochmals zeigen. Wie ich hörte, überlegt man erfreulicherweise, sogar einen dauerhaften Platz für die Ausstellung zu finden. Mit diesem Projekt hatte zum ersten Mal in der Bundesrepublik eine Polizeibehörde von sich aus die Initiative zur Erforschung ihrer NS-Vergangenheit ergriffen. Neben uns Historikern forschten und schrieben auch einige Polizeibeamte; Diskussionen und Führungen durch die Ausstellung gehörten ebenfalls dazu. Dies war eine große Pionierleistung, auf die die Kölner Polizei noch heute stolz sein kann.

Die gute Zusammenarbeit mit der Kölner Polizei hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt, als wir uns verstärkt auch der Auseinandersetzung mit

heutigen Formen des Rechtsextremismus widmen. Es begann zunächst 2007 mit einem „Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“, der von unserer Museumspädagogin angeregt und mit reichlich Bundesmitteln finanziert wurde. Ein Beirat von Vertreterinnen und Vertretern einschlägiger Institutionen hatte über die Anträge zu entscheiden. Und als wir uns überlegten, wer denn nun in diesem Beirat vertreten sein sollte, war von vornherein klar, dass STEP dazu gehörte, also die Abteilung „Staatsschutz gegen Extremismus durch Prävention“ hier in der Polizeibehörde. Die Kollegen von STEP haben sich mit großem Sachverstand in die Diskussionen eingebracht.

Der Kontakt zwischen NS-DOK und Polizei verstärkte sich dann seitdem seit Januar 2008 die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (kurz ibs) innerhalb des NS-Dokumentationszentrums ihre Arbeit aufnahm. Sie wurde – auf mein Anraten hin – von der Stadt als eine Dauerstelle eingerichtet. Denn die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus stellt eine Daueraufgabe einer demokratischen Gesellschaft dar und lässt sich nicht – wie es so oft zu beobachten ist – in kurzfristigen Programmen und Projekten bearbeiten, die hektisch als eine zumeist hilflose Antwort auf aktuelle Vorkommnisse und mediale Debatten darüber aufgelegt werden, – und genauso kurzfristig wieder verpuffen. Unsere Arbeit verstehen wir nicht in erster Linie gegen etwas – gegen Rechtsextremismus – sondern als ein Eintreten für etwas – für Menschenrechte, Demokratie, kulturelle Vielfalt und Gewaltfreiheit.

Seit 2009 ist der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus angeschlossen, die im Regierungsbezirk Köln bei rechtsextremen Vorkommnissen vor Ort berät. Sie wird über Landes- und Bundesgelder finanziert und steht damit jedes Jahr erneut vor der Überlebensfrage.

Die beiden jungen Kollegen von der Info- und Bildungsstelle mit der Mobilen Beratung haben mit ihren vielfältigen Angeboten von Workshops, Vorträgen, Veranstaltungen und mit modernen didaktischen Konzepten eine außerordentlich erfolgreiche und wichtige Arbeit entfalten können. Das Interesse an den Angeboten ist bei Jugendlichen wie bei Erwachsenen sehr groß. Ähnlich positive Arbeit wird durchaus in der gesamten Republik geleistet – von Bildungseinrichtungen, Teams der Mobilen Beratung, kleinen Verbänden, von den Bürgerinnen und

Bürgern in Initiativen – also von der sogenannten Zivilgesellschaft. Es ist ein recht dichtes Netzwerk von derartigen erfolgreichen Aktivitäten entstanden, das meiner Meinung nach von der Politik nicht in einem ausreichenden Maße gewürdigt wird. Hier sind der Bund und die Länder gefordert, ein dauerhaftes Angebot sicherzustellen.

Doch stehen die bei der Mobilien Beratung Tätigen unter einem Generalverdacht und haben nach dem Willen des Bundesfamilienministeriums Erklärungen zu unterschreiben, dass sie auf dem Boden der Verfassung stehen. Sicherlich ist nicht jeder selbst-ernannter Antifaschist ein Demokrat, doch große Teile eines zivilgesellschaftlichen Engagements unter den Generalverdacht zu stellen, wird dem Einfluss und dem erfolgreichen Wirken von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern nicht gerecht. Hier ist in den letzten Jahren mehr für den Schutz unserer Verfassung und Demokratie getan worden, als es der staatlichen Behörde, die diesen Auftrag im Namen trägt, offensichtlich möglich war.

Um auf die Kölner Polizei zurückzukommen, bleibt festzuhalten, auch zum Thema Rechtsextremismus bestand in den letzten Jahren eine gute Gesprächsebene. Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, habe ich aufgrund dieser Erfahrungen ein sehr positives Bild der Kölner Polizei – gehabt. Doch was wird der Anwohner oder die Anwohnerin der Keupstraße unweit von hier von der Kölner Polizei sagen? Die Betroffenen des Bombenanschlags von 2004, die anschließend wiederholt hier in diesem Präsidium verhört wurden, weil in Richtung organisierte Kriminalität von Türken ermittelt wurde. Was sagen also jene, die Opfer waren und als Täter verdächtigt wurden?

Und da sind wir am Punkt.

Was allgemein bei den Ermittlungen an Versäumnissen, was an Fehlern, was an Absonderlichkeiten passiert ist, brauche ich hier nicht auszuführen. Sie wissen es – wahrscheinlich sogar besser als ich. Seit vielen Monaten vergeht kaum ein Tag, an dem man sich nicht wundert. Kaum etwas, was man sich nicht vorstellen kann. Alles ist mittlerweile denkbar. Über Jahre hinweg konnten die staatlichen Sicherheitsbehörden die rechtsextreme Gefahr der Gruppe NSU nicht erkennen. Sie waren auf dem rechten Auge blind oder zumindest stark sehgestört. Was mindestens zehn Menschen das Leben gekostet hat, andere wurden schwer verletzt. Dieses Versagen in der Bekämpfung des rechtsextremistischen Terrors stellt einer der größten politischen Skandale in der Geschichte der Bundesrepublik dar – in seiner Dimension nur noch vergleichbar mit der Spiegel-Affäre vor 50 Jahren.

Am meisten hat mich persönlich schockiert, dass auch hier bei der Kölner Polizei, die ich doch in diesen Fragen als aufgeschlossen und interessiert erlebt hatte, bei der Ermittlung grobe Fehler gemacht wurden. Auch hier wurden rechtsextreme Hintergründe nicht erkannt oder nur beiläufig nachgegangen. Wenn über viele Jahre hinweg nicht nur eine staatliche Stelle, sondern sehr viele Sicherheitsbehörden die Gefahr nicht erkennen konnten, dann stellt sich die Frage, wodurch entstehen Strukturen und kollektive Denkmuster, die Derartiges ausblenden? Was sind bewusste oder unbewusste Vorannahmen, die die Ermittlungen lenken? Wird die Gefahr eines gewaltbereiten Rechtsextremismus hinwegdefiniert, weil man sich daran gewöhnt hat, wenn von Rechtsextremismus die Rede ist, in einem Atemzug auf den Linksextremismus zu verweisen. Gibt es einen Mangel an Informationen, an Sensibilität?

Wenn auch im Rahmen dieser Ausstellung mit dem Titel „Die Braune Falle“ von Präventionsarbeit und Bildung gesprochen wird, dann meine ich hingegen: Der Skandal um den NSU zeigt: Der Blick ist in erster Linie nach innen zu wenden: Präventionsarbeit ist vor allem innerhalb der Behörden notwendig. Um zwar nicht, – um im Bild zu bleiben – aus der „braunen Falle“ herauszukommen, sondern aus der Falle, Braunes nicht erkennen zu können.

Ich möchte zwei Beispiele nennen: Und diese haben mit der Kölner Polizei zu tun. Der Leiter der Soko – Bosphorus –, die im Fall der Keupstraße ermittelte, war selbst noch bei seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags davon überzeugt, richtig gehandelt zu haben. Einige Monate nach dem Anschlag wurde ja in einer Kölner Straßenbahn ein Flugblatt gefunden, das gegen die Bewohner der Keupstraße hetzte und den Anschlag als „Zeichen von Protest“ bezeichnete und mit den Worten endete: „Deutsche wehrt Euch!“. Es hätte auch von „Linken“ stammen können, so wurde argumentiert – auch wenn so gut wie jeder Experte darin ein rechtsextremistisches Weltbild erkennen wird. Zumindest war doch klar, dass dies nun überhaupt nichts mit türkischem Bandenwesen zu tun hatte, wogegen ermittelt wurde. Das zweite Beispiel: Bei dem Anschlag auf ein Lebensmittelgeschäft 2001, bei dem eine junge deutsch-iranische Frau schwer verletzt wurde, schloss der Leiter der Ermittlungen einen rechtsextremen Hintergrund aus, weil es keine Hakenkreuze oder Ähnliches gegeben hätte. Auch hier wären – mit Verlaub gesagt – eine Schulung und Fortbildungen nützlich gewesen.

Um auf meine Eingangsfrage zurückzukommen: „Welche Rolle kommt dem Staat und der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus zu?“ Meine Antwort darauf ist eindeutig: Der Verfassungsschutz hat in Schulen und Jugendzentren oder anderen Bildungseinrichtungen nichts zu suchen. Politische Bildungsarbeit mit Ausstellungen wie dieser oder mit Comics sollte seine Aufgabe nicht sein. Die Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen können andere mit professioneller Erfahrung besser. Auch zur Imagepflege und zur Legitimation seiner Arbeit und Existenz sollte politische Bildungsarbeit nicht dienen. Es wäre doch ausreichend gewesen, wenn der Verfassungsschutz seiner Kernkompetenz gerecht geworden wäre und eine rechtsextreme Terrorgruppe erkannt und Menschen vor rassistisch begründeten Morden geschützt hätte.

Politische Bildung wie diese Ausstellung kann nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes sein. Grundsätzlich nicht. Nach diesem Skandal ohnehin nicht, weil es schwer fällt, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Und – wie ich auch sagen muss – eine solche Ausstellung ist nur bedingt dafür geeignet. Die Ausstellung möchte eine rechtsextremistische Karriere zeigen, wie rechtsextremistische Organisationen anwerben und wie man wieder aus der Szene herausfindet. Das ist jedoch nur ein kleines Segment zum Thema Rechtsextremismus und setzt sich der Gefahr aus, dass alte Stereotypen vermittelt werden. In dieser Ausstellung, die es seit Jahren gibt, wird auch bei Neupräsentation eine Puppe als Sinnbild eines Rechtsextremisten verkleidet: glatzköpfig, mit Lederjacke, Springerstiefel und Baseballschläger. Keine Frage, solche Typen gibt es in der schon gewaltbereiten rechtsextremen Szene. Genau so sahen auch Mundlos und Böhnhardt aus. Und keiner hat sie auf Fotos oder Videos als Rechtsextreme erkennen können.

Es beflügelt die Phantasien von Politikern, dass so genannte Aussteigerprogramme ein Erfolgsrezept sein können. Ich glaube daran nicht, weil in der Regel unterschätzt wird, dass man Menschen mit einem verfestigten rechtsextremistischen Weltbild nur sehr schwer von ihrem Weg abbringen kann. Dann ist es zu spät. Viel wesentlicher – sozusagen der pädagogische und gesellschaftliche Ernstfall – ist es, Menschen erst gar nicht zu Rechtsextremen werden zu lassen. Auch mit der Ausstellung fängt man am falschen Ende an, zäumt das Pferd beim Schwanz auf. Wir können nicht erst beginnen, wenn die „braune Falle“ zugeschnappt hat.

Und: Warum sind eigentlich vor allem Jugendliche Ansprechpartner der Ausstellung, obwohl Untersuchungen zeigen, dass menschenverachtende Einstellungen unter älteren Menschen deutlich stärker verbreitet sind als unter Jugendlichen.

Das Bild vom Springerstiefel tragenden Glatzkopf führt an den eigentlichen Problemen vorbei. Wer will schon so aussehen? Es ist Gott sei Dank immer noch nur eine kleine Minderheit – so sehr sie auch zu mörderischen Verbrechen fähig ist. Der Ernstfall ist viel alltäglicher – gehört zum Lebensalltag von Jugendlichen, aber auch von Erwachsenen: Er findet am Arbeitsplatz, in der Familie, auf dem Schulhof, in der ganz „normalen“ Freizeitclique statt. Rechtsextremismus ist kein Problem der Ränder der Gesellschaft, sondern hat seine Wurzeln in der Mitte der Gesellschaft. Rechtsextreme Einstellungen zu Migranten, Juden oder Homosexuellen sind in besorgniserregendem Maße verbreitet und legitimieren in der letzten Konsequenz die Gewalt gegen Mitglieder dieser oder anderer Gruppen. Untersuchungen – beispielsweise der Friedrich-Ebert-Stiftung – zeigen, wie weit verbreitet solche Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft sind: In Ost- und Westdeutschland, in allen Altersklassen, bei Befürworter/innen von demokratischen Parteien, Gewerkschaftsmitgliedern, Kirchenangehörigen sowie bei Frauen und Männern.

Deswegen beginnt der Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht erst dann, wenn es bereits zu spät ist, sondern jederzeit - am Arbeitsplatz, in der Familie, im Freundeskreis. Und das gesellschaftlichen Umfeld muss stimmen: eine gelebte Demokratie, in der Toleranz und ein multikulturelles Miteinander gepflegt und in der soziale und wirtschaftliche Verwerfungen vermieden werden.

Meine Damen und Herren, nach den fürchterlichen Verbrechen des Nationalsozialismus hat sich in der Bundesrepublik Deutschland wie ein Wunder die freiheitlichste Demokratie in der deutschen Geschichte entwickeln können – weitgehend unverdient. Eine der zentralen Lehren des Nationalsozialismus ist es, dass nie wieder eine Gruppierung die Macht erlangen mag, die derartige Verbrechen verüben kann. Deswegen ist es die wesentliche Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger dieses Staates und aller staatlichen Instanzen für unsere Demokratie, für Freiheit und Menschenrechte einzutreten – jeder, dort wo er steht, und im Rahmen seiner Möglichkeiten.

Haben sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Stein

Theaterstück, ab Donnerstag, 1. November 2012, 20 Uhr, EL-DE-Haus

Ein Haus in Dresden. Bis 1935 ist es von einer jüdischen Familie bewohnt. Dann gelangt es in den Besitz der Familie Heising, die dort den Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt. Während der russischen Besatzung flieht sie in den Westen. In den Zeiten der DDR besuchen die Heising ihre einstigen Besitztümer und treffen dort auf die neuen Bewohner, bis sie schließlich nach der Wende ihr Eigentum zurückfordern, die alten Bewohner herausdrängen und in „ihr Haus“ zurückkehren. „Der Stein“ verwebt raffiniert verschiedene Zeitebenen. Die zentrale Figur ist Witha, die 1935 das Haus mit ihrem Mann unter fragwürdigen Umständen übernimmt. Es ist ein Stück über die Zeitleufte, über Lüge und Verdrängung. Auf eindringliche Weise wird deutlich, dass die Geschichte bis in die Gegenwart hineinwirkt und dass es mitunter drei Generationen braucht, um die Wahrheit ans Licht zu bringen.



„Der Stein“ von M. von Mayenburg wurde 2008 bei den Salzburger Festspielen uraufgeführt. Die Produktion von ensemble 7 wurde nominiert für den Kölner Theaterpreis 2012 und für den Kurt-Hackenberg-Preis 2012

Mit Christiane Bruhn (Kölner Theater Ehrenpreis 2011), Bettina Muckenhaupt, Maren Pfeiffer und Susanne Krebs

Regie: Rüdiger Pape; Ausstattung: Regina Rösing; Technik: Felix Rabin

Termine:

1., 2. und 4. November 2012, jeweils 20 Uhr
13. bis 16. Dezember 2012, jeweils 20 Uhr
Spielzeit ca. 80 Minuten

Eintritt:

15 €, ermäßigt: 10 €

Kartenreservierungen telefonisch zu den Öffnungszeiten des Museums unter der Rufnummer 0221-221-24340 oder unter der E-Mail: nsdok@stadt-koeln.de

Lange Nacht der Kölner Museen

Samstag, den 3. November, 19 Uhr bis 3 Uhr, EL-DE-Haus

19:30 Musikveranstaltung: Anna Haentjens »Die Welt ist eng geworden«. Zahlreiche Intellektuelle flohen nach der Machtergreifung des NS-Regimes ins rettende Exil. Den Zurückbleibenden blieb nur der Widerstand oder die innere Emigration. Lieder von Kästner, Ringelnatz, Mühsam u. a. zeugen von dieser bedrückend eng gewordenen Welt. Doch ihr satirischer Blick auf die Nazi-Herrschaft ruft neben ernsten auch komische Momente hervor. Die mehrfach ausgezeichnete Sängerin Anna Haentjens richtet in einer musikalisch-literarischen Zeitreise ihren Blick auf die zensierte Kultur unter dem Hakenkreuz.

20:30 Führung: »Die Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis« B. Kirschbaum

21:00 Theaterstück: »Der Stein« (s. o.)

22:15 Führung: »Unangepasste Jugendliche in Köln in den Fängen der Gestapo« B. Kirschbaum

23:00 Musikveranstaltung: Anna Haentjens »Sie würden auch Goethe verbrennen«. Aus dem einstigen Land der Dichter und Denker hatten die Nationalsozialisten in kürzester Zeit ein Land der Richter und Henker gemacht. Und die Bücherverbrennung durch das NS-Regime machte selbst vor den Wer-

ken Lessings und Heines nicht Halt. »Wagten sie es nur, sie würden auch Goethe verbrennen«, so der Zeitgenosse Heinrich Mann. Daneben widmet sich die Sängerin Anna Haentjens auch der Gegenwart: Damit das Gestern nie mehr zu einem Morgen wird!

00:00 Führung: »Liebesgeschichten« Dr. J. Müller

00:30 Musikveranstaltung: Katie & the Swing Aces »Swing tanzen verboten« – in vielen Cafés waren zur Zeit des NS-Regimes solche Schilder zu lesen. Der Jazz mit seinen jüdischen und afroamerikanischen Wurzeln war den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge. Schon bald begann das Regime die Jagd auf die Swing-Kids. Im Bewusstsein der Geschichte des Ortes, aber dennoch locker und beschwingt, lassen die Swing Aces die Museumsnacht mit einem swingenden Herzen ausklingen.



Ein Jahr nach dem NSU. Impulse, Statements und Reflexionen zu rechter Gewalt und Rassismus in Deutschland

Diskussion und Stadtrundgang, Donnerstag, 8. November, 16/19 Uhr, Köln-Mülheim

Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kiliç, Mehmet Turgut, Ismail Yaşar, Thodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat. Neun migrantische Arbeiter und Kleinunternehmer wurden in den Jahren 2000 bis 2006 kaltblütig hingerichtet, erschossen mit derselben Tatwaffe. Jahrelang konnte die Polizei die Morde nicht aufklären, weil Rassismus nie ernsthaft als Tatmotiv in Erwägung gezogen wurde.



Erst ein Zufall machte im November 2011 die Existenz einer für die Morde verantwortlichen rechtsterroristischen Gruppe in Deutschland bekannt. Die Gruppe, die sich selbst „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) nannte, ermordete 2007 zudem die Polizistin Michèle Kiesewetter und verübte mindestens zwei Bombenanschläge in Köln, 2001 in der Probsteigasse sowie 2004 in der Keupstraße, bei denen zahlreiche Menschen verletzt wurden.

Die seit einem Jahr laufenden Untersuchungen zum NSU offenbaren das Versagen der Ermittlungsbehörden und eine undurchsichtige Rolle der Geheimdienste. Über Jahre wurde trotz ausbleibender Ermittlungserfolge an einer Hypothese festgehalten, nach der die Morde in Zusammenhang mit „organisierter Kriminalität“ in einem als fremd wahrgenommenen Milieu gedeutet wurden. Die Sichtweise und Vermutungen der Angehörigen der Opfer wurden nicht ernst genommen, stattdessen wurden sie als Personen mit Verbindungen in das „kriminelle Milieu“ diffamiert, kriminalisiert und ausgespielt. Die Verdächtigungen und Verletzungen wirken an Orten wie der Keupstraße bis zum heutigen Tag nach.

Im Rahmen der Veranstaltung wollen wir zusammentragen, was wir nun, ein Jahr nach der Aufdeckung des NSU wissen, welche Fragen noch immer offen sind und was konkret zu tun ist. Betroffene sowie Expertinnen und Experten werden die Entwicklung in Hinblick auf das Verhalten der Sicherheitsbehörden, den Rassismus in der Gesellschaft und die organisierte Neonaziszene kommentieren.

Auf dem Podium sitzen:

Ali Demir, 2004 Vorsitzender der IG Keupstraße
Dr. Kemal Bozay, Politikwissenschaftler und Anwohner

Apabiz e.V., Antifaschistisches Presse- und Bildungsarchiv
sowie weitere Gäste.

Moderation: Albrecht Kieser, Journalist

Einführung: Hendrik Puls, NS-DOK der Stadt Köln

8. November 2012, 19 Uhr, VHS-Saal im Bezirksrathaus, Wiener Platz 2a, Köln-Mülheim

Bereits um 16 Uhr: Rundgang durch die Keupstraße

Die Keupstraße, die in der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts entstanden ist, gilt heute als das Kölner Zentrum des Geschäftslebens von aus der Türkei eingewanderten Migrantinnen und Migranten. Die Straße ist keine in sich geschlossene „Parallelgesellschaft“ – wie es eine rassistische oder neonazistische Lesart nahelegt – sondern ein differenziertes und vielfältiges Quartier, über das sich viele Geschichten erzählen lassen. Mitat Özdemir (IG Keupstraße) und Peter Bach (Geschichtswerkstatt Mülheim) begleiten uns auf einen Rundgang.

Treffpunkt: Keupstraße/Ecke Bergisch-Gladbacher-Straße. Anmeldungen (nur für Stadtrundgang notwendig) an: ibs@stadt-koeln.de



Veranstalter: Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK der Stadt Köln in Kooperation mit der Volkshochschule (VHS) der Stadt Köln.

Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei. Die Veranstalter behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, antisemitische oder sonstwie menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

Der andere Blick. Roma in Mazedonien

Ausstellung, 27. Oktober – 15. November 2012, Rom e.V., Venloer Wall 17, Köln

Der Rom e.V. lädt ein: „Mazedonien ist seit Wochen im Blick der Öffentlichkeit – nicht das Land, sondern die Roma von dort. Sie kämen zurzeit in größerer Zahl nach Deutschland – aus „wirtschaftlichen“ Gründen.

Lernt man diese Menschen kennen, so erfährt man, dass sehr viele vorher aus Deutschland abgeschoben worden waren, oft nach jahrzehntelanger Duldung. Die Jugendlichen, bei uns geboren, wurden aus Schule und Ausbildung herausgerissen und mit ihren Familien zurückgestoßen in ein Leben ohne menschenwürdige Unterkunft, Arbeit, Gesundheitsversorgung, ohne Perspektiven, oft in bitterste Armut.

Diesem zweiten Blick stellen sich die Medien nicht. Sie sehen auch nicht, dass Tausende mazedonische Roma seit den 60er Jahren als Gastarbeiter bei uns leben, erfolgreich in vielen Berufen schon in der 3. Generation, und mittlerweile deutsche Staatsbürger sind. Es fehlt auch der Blick auf diejenigen Roma, die in Mazedonien seit langem zur kulturellen Elite gehören und bewiesen haben, dass dann, wenn man ihnen eine Chance gibt, sie diese mutig ergriffen haben – freilich nur wenige



hatten solch eine Chance.

Die Roma prägen auch seit langem die Musik- und Festkultur in Mazedonien. Die Ausstellung will dazu beitragen, dass die neuerliche rassistische Eintrübung des medialen Blickes auf „die Roma“ durch eine von Empathie bestimmte Sicht, eben durch einen anderen Blick korrigiert wird.“

Anmeldung zu Führungen:

Jovan Nikolic 0178 - 4598731

Der NSU und der Verfassungsschutz

Vortrag, Mittwoch, 31. Oktober 2012, 19.30 Uhr, Hörsaal B im Hörsaalgebäude, Uni Köln

Der Kölner Anwaltsverein und Verein zur Förderung des Instituts für Strafrecht und Strafprozessrecht laden ein: „Immer wieder berichten Medien, die Verfassungsschutzbehörden hätten in dieser Zeit zumindest über V-Spitzel Kontakt zu den NSU-Mitgliedern gehabt. Was war bei der NSU die Rolle des Verfassungsschutzes? Wo liegen die rechtlichen Grenzen für V-Spitzel und für den Verfassungsschutz? Haben sich V-Spitzel und Ver-

fassungsschutz strafbar gemacht? Hätten die NSU-Straftaten verhindert werden können?

Dr. Eva Högl, MdB, Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion im Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe NSU“ und Hans Leyendecker, Journalist der Süddeutschen Zeitung, referieren auf einem Diskussionsabend an der Universität zu Köln über die rechtsextreme-terroristische Vereinigung NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) und ihre möglichen Verbindungen zum Verfassungsschutz.“

Eine Frau blickt sich an

Lesung, Samstag, 3. November 2012, 20 Uhr, Jawne, Erich-Klibansky-Platz, Köln-Innenstadt

Der Lern- und Gedenkort Jawne nimmt am Samstag, den 3. November wieder an der „Langen Nacht der Museen“ teil: „Wir würden uns freuen, viele von Ihnen/Euch im Lauf des Abends (ab 19 Uhr) begrüßen zu können. Neben der Dauerausstellung „Die Kinder auf dem Schulhof nebenan“ und der Sonderausstellung zur Geschichte der Jüdischen Volksschule Lützowstraße gibt es um 20 und 22 Uhr ein Programm über Luise Straus-Ernst: Eine Frau blickt sich an. Von Flucht und Vertrei-

bung erzählt auch die Geschichte der Kölner Kunsthistorikerin und Journalistin Luise Straus. Als Jüdin und unliebsame Intellektuelle für das NS-Regime doppelt verdächtig, musste sie 1933 ihre Heimatstadt verlassen und floh nach Paris. Nahezu vergessen waren ihre zahlreichen Erzählungen: Jürgen Pech berichtet über ihre Wiederentdeckung und Ute Remus liest.“

Weitere Informationen:

www.jawne.de

Homestory Deutschland – Schwarze Biografien in Geschichte und Gegenwart Ausstellung und Begleitprogramm, 3. – 25. November 2012, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Köln



Homestory Deutschland

Schwarze Biografien in Geschichte und Gegenwart

Die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland e.V. in Kooperation mit weiteren Trägern lädt ein: „Am Samstag, dem 3. November, eröffnet in Köln die Ausstellung „Homestory Deutschland“ der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland. Sieben- undzwanzig Biografien Schwarzer Frauen und Männer zeigen unterschiedliche Lebensgeschichten in Deutschland aus drei Jahrhunderten. Dabei wird auch die rassistische Verfolgung unter dem NS-Regime behandelt. Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ fördert das Begleitprogramm.

„Homestory Deutschland“ greift für die Biografien afrikanische, afrikanisch-amerikanische und Schwarze deutsche Erinnerungstraditionen auf. Mündliche und schriftliche Weitergabe von Lebenserfahrungen sind wesentlicher Bestandteil der Ausstellung. Zeitleisten von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart belegen die Existenz Schwarzer Geschichte und verdeutlichen den historischen Rahmen.

Bis Sonntag, den 25. November, werden im Rahmen eines Begleitprogramms szenische und biografische Lesungen, Filmvorführungen, Podiumsdiskussionen und Theateraufführungen zu der Aus-

stellung geboten. Die Begleitveranstaltungen werden durch das Programm „Geschichte(n) in Vielfalt“ gefördert. Seit 2009 fördert die Stiftung EVZ in dem Programm Bildungs- und Begegnungsprojekte zur Auseinandersetzung mit Erfahrungen von kollektiver Gewalt bzw. systematischem historischem Unrecht, die wenig beachtet, aber manchmal umstritten sind und das interkulturelle Zusammenleben belasten können.“

Ausstellungseröffnung und Lesung in Köln am Samstag, 3. November:

„Homestory Deutschland. Gelebt-erlebte Schwarze deutsche Geschichte(n)“ ist ein multimediales Bühnenstück, in dem die beiden Autorinnen Sharon Dodua Otoo und ManuEla Ritz in Anlehnung an die Ausstellung „Homestory Deutschland. Schwarze Biographien in Geschichte und Gegenwart“ sechs Schwarze deutsche Lebensgeschichten nachzeichnen, die zusammen genommen einen Bogen über 300 Jahre Schwarze deutsche Geschichte spannen.“

Mit: Jonathan Aikins, Tina Bach, Noah Hofmann, Sharon Dodua Otoo, Melanie Pickhardt, Estelle Rapaport, ManuEla Ritz, Pasquale Rotter, Arun Singal

Eine Ausstellung im Auftrag von:



Mit freundlicher Unterstützung durch:



In Kooperation mit:



Den Flyer mit dem vollständigen Programm finden Sie unter: <http://www.mbr-koeln.de/termine/>

Da Pacem

Konzert, Samstag, 3. November 2012, 20 Uhr, Groß St. Martin, Köln

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und der Förderverein Romantische Kirchen e.V. laden ein: „Das Konzert findet statt im Gedenken an die Geschehnisse in Deutschland im November 1938.

Den Schwerpunkt des Konzerts „Da Pacem 2012“ bilden Werke von Johann August Södermann, einem Protagonisten schwedischer Musik aus der Romantik, und von dem zeitgenössischen englischen Komponisten John Rutter. Ergänzt werden die Chorwerke durch neuzeitliche Instrumentalstücke, die von einem Saxophonquartett interpretiert werden.“

Beginn: 20 Uhr (Einlass: 19.30 Uhr)

Kostenbeitrag: 10,00 € (erm. 5,00 €)



„Hand in Hand statt fremd und feindlich“

Aktionswoche, 3. – 10. November 2012, Alsdorf

Bürgermeister Alfred Sonders weist auf eine Aktionswoche hin, die von der Stadt Alsdorf und zahlreichen Partnern organisiert wird: „Kinoaufführung und Podiumsdiskussion für Schülerinnen und Schüler, eine Kunstausstellung mit Lesung, ein symphonisches Konzert, ein Stadtgespräch mit sehr interessanten Gesprächspartnern und vieles mehr. Seien Sie dabei. Bekennen Sie Farbe. Was mich besonders freut: Viele Alsdorferinnen und

Alsdorfer machen mit, allen voran unsere Jugend, unsere Schulen. Ich möchte Ihr besonderes Augenmerk auf den Friedensmarsch richten, mit dem wir die Aktionswoche abschließen wollen. Ich lade Sie alle, Schüler, Vereine, Kirchen, jede Einzelne und jeden Einzelnen ein, gemeinsam mit uns ein Zeichen zu setzen.“

Weitere Informationen unter:

<http://spd-alsdorf.de/blog/?p=2294>

Was tun gegen rechts?

Podiumsdiskussion, Dienstag, 6. November 2012, 19 Uhr, DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Köln

Das Bündnis „Keine Stimme für Nazis“ lädt ein: „Es stellt sich die Frage: Was tun? Als Demokrat*innen können wir Rassismus, Ausgrenzung und Antisemitismus nicht dulden. Der Nährboden des rassistischen Gedankenguts ist in allen gesellschaftlichen Klassen der Stadt vorhanden. Die selbsternannte „Bürgerbewegung pro Köln“ profitiert lediglich davon.

Heute fragen wir: Wie können die Kölner Bündnisse dem Rechtspopulismus seine Grundlage nehmen? Darüber

möchten wir mit allen, die sich in Köln aktiv gegen Rassismus einsetzen, diskutieren!“

Input: Hans-Peter Killguss, ibs

Auf dem Podium:

Andreas Kossiski „Köln stellt sich quer“

Ein*e Vertreter*in „Bündnis gegen pro Köln“

Andreas Pöttgen „Keine Stimme für Nazis“

Moderation: Sarah van Dawen, Vorsitzende Kölner Jugendring



Aktionstage gegen Diskriminierung im Sport

Im Rahmen der FARE ACTION WEEK 2012 und des EU-Projekts FOOTBALL FOR EQUALITY organisiert ein Arbeitsbündnis (BiBeris – Bildung und Beratung im Sport, Kölner Fanprojekt, Fangruppe Coloniaacs) zum fünften Mal Aktionstage gegen Rassismus in Köln, in diesem Jahr stehen diese unter dem Motto „Gegen Diskriminierung im Sport“.

Zu diesem Anlass ist bis zum 31. Oktober in den Räumen des Kölner Fanprojekts eine thematische Ausstellung – initiiert vom Jugendclub Courage – zu sehen. Begleitend dazu finden im November eine Gedenkstättenfahrt, Diskussionsrunden und mehrere Fachvorträge statt:



Antiziganismus in Köln und in der Gesellschaft Mittwoch, 31.10.2012, 19 Uhr im Kölner Fanprojekt, Gereonswall 112, 50670 Köln

Vortrag mit Diskussion über die Diskriminierung von „Zigeunern“, über Ausgrenzungsmechanismen, über Vorurteile, die in der Gesellschaft (auch im Sport & in Fußballfankurven) zu finden sind. Referieren wird der ROM e.V., ein interkultureller Kölner Verein für die Verständigung von Roma/Sinti und Nicht-Roma/Sinti.

Homosexualität im Fußball Mittwoch, 7.11.2012, 19 Uhr im Sport- & Olympia-Museum, Im Zollhafen 1, 50678 Köln

Veranstaltungsabend mit Diskussion. Geschichten vom Cream Team Cologne, vom Come-Together-Cup, vom FC-Fanclub Andersrum Rut-Wiess, dazu ein Besuch der Ausstellung „Von Warmduschern und Weltmeistern – 20 Jahre schwuler Fußball in Köln“. Rückmeldungen bitte an info@biberis.de

20 Jahre Arsch Huh, Zäng Ussenander – Kulturelle Vielfalt heute Generationendialog 2012, Donnerstag, 8. November 2012, 18 Uhr, IHK Köln

Die RheinFlanke gGmbH lädt ein: „Der Generationendialog motiviert junge Menschen, sich aktiv in der Gesellschaft und in Unternehmen zu engagieren. Kölner Jugendliche und Auszubildende bereiten „ihre“ Themen vor und laden Sie und weitere Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft, Bildung und Sport ein, mit ihnen in den Dialog zu treten.“

Die Veranstaltung steht dieses Jahr unter dem Motto „20 Jahre Arsch Huh, Zäng Ussenander – Kulturelle Vielfalt heute“. Die jungen Gastgeber haben sich in intensiven Workshops vorbereitet und stellen Ihnen das Themenspektrum in einem Bühnenprogramm vor. Anschließend laden sie als Experten ihrer Anliegen an vier vorbereiteten „Themeninseln“ zu einem Dialog mit den Besuchern und Dialogpartnern ein.

Programm:

Eröffnet wird die Veranstaltung durch Gregor Berghausen, IHK Köln, Geschäftsführer Aus- und Weiterbildung.

18.15 Bühnenprogramm mit Tom Bartels zur Vorstellung der Themenschwerpunkte

18.45 Schirmherrin Elfi Scho-Antwerpes eröffnet mit Stephan Brings den Dialog.

An ihren Themeninseln diskutieren die jungen Experten mit ihren Gästen (u. a. Werner Spinner, 1. FC Köln, und Cordula Stratmann, SchauspielerIn und Autorin,) zu folgenden Themenschwerpunkten:

1. Vielfalt der Kulturen in Köln. Gruppierungen-Respekt-Toleranz
 2. Kulturelle Vielfalt: Herausforderungen in Schule und Ausbildung. Interkulturelle Kompetenz. Was heißt das? Und wie kann sie positiv eingesetzt werden?
 3. Fußball: Die Ultra-Kultur – Bedrohung oder Bereicherung?
 4. Herausforderungen – Religionen, Rechtsextreme, Meinungsfreiheit: Was geht und was geht nicht in unserem alltäglichen Umfeld in Schule, Beruf und Freizeit?
- 20.30 Kultureller Schlusspunkt

Es wirken u. a. mit: Projektteams der Johann Amos Comenius Hauptschule, der Lise Meitner Gesamtschule und der Elsa-Brändström Schule – Eliteschule des Fußballs (Patenschaft „Fußball verbindet – Reinhold Yabo und Ben Basala-Mazana) sowie Jugendliche aus der Liga Köln Kickt.“

Ort: IHK Köln, Börsensaal,

Unter Sachsenhausen 10-26, 50667 Köln

Kontakt: RheinFlanke gGmbH, Christoph Bex, cbex@rheinflanke.de, 0221 - 39804194

Anmeldung: RheinFlanke gGmbH, Julia Niessen, assistenz@rheinflanke.de

Tüpisch Türkisch präsentiert „Stadt Land Fluss“ Filmreihe, 08.-11. November 2012, Filmhaus Köln

Melanchthon-Akademie und Filmhaus Köln veranstalten die Filmreihe: „Die türkische Wirtschaft prosperiert, doch mit der Modernisierung wächst allmählich die Einsicht, dass soziale und ökologische Ressourcen begrenzt sind. Zahlreiche neue Dokumentarfilme befassen sich daher mit den Langzeitfolgen hemmungslosen Fortschritts. Dies gilt ebenso für den Bauboom im urbanen Ballungsraum Istanbul wie für Staudammprojekte in entlegenen Provinzen...

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf austerbenden Sprachen, Musikkulturen und Völkern, die jetzt, nach jahrzehntelanger Repression und unter immer noch schwierigen Bedingungen, ihr Leid auszudrücken versuchen. Biografische Spurensuche prägt die neuen Filme zum Schicksal der Kurden, häufig erscheint das Tonband oder die Kamera als Aufzeichnungsmedium des verlöschenden kulturellen Gedächtnisses. Selbst das deutsch-türkische Kino findet sich derzeit im türkischen Osten wieder:



Der Berliner Theaterprovokateur Tamer Yiğit drehte dort „Karaman“ – eine „Familienaufstellung“ des Landes – und benennt darin die drei wichtigsten Akteure: die noch immer durch den Putsch belasteten Kemalisten, die zu neuer Macht und Selbstbewusstsein gelangten Religiösen und jene, die zwischen diesen Blöcken keinen Ort finden. „Tüpisch Türkisch 2012“ versammelt ökologische, soziale, kulturelle Momentaufnahmen eines Landes in Bewegung – auf dem Land, in der Stadt am Fluss...“

Programm & Organisation:

Amin Farzanefer & Lale Konuk

Kontakt & Tickets: Filmhaus Köln,
Maybachstr. 111, 50670 Köln

Eintritt: 6,50 € (ermäßigt 5 €)

Tickets an der Kinokasse,
Kartenreservierung:

info@melanchthon-akademie.de

Weitere Infos unter:

<http://tuepischturkisch.filmhauskoeln.de>

Jugendliche begegnen der Geschichte

Gedenkveranstaltung, Freitag, 9. November 2012, 11 Uhr Synagoge, Roonstraße 50, Köln

Projekte zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Beiträge von Schülern der Katharina-Henoth-Gesamtschule und des Gymnasiums Kreuzgasse

Ansprachen:

Isabella Farkas, Vorstandsmitglied der Synagogen-Gemeinde Köln

Jürgen Roters, Oberbürgermeister der Stadt Köln

Prof. Dr. Jürgen Wilhelm, Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

Gesänge und Rezitation: „Michtam Le David“,

„Psalm von Assaf“, „El Male Rachamim“
Kranzniederlegung mit Kaddisch-Gebet in der Trauerhalle
Musikalische Begleitung: V-I-P Chor („Voices in Peace“)

Die männlichen Teilnehmer werden gebeten, eine Kopfbedeckung zu tragen.

Bitte bringen Sie zur Erleichterung der Eingangskontrolle Ihren Personalausweis mit.

Erinnerung an die Opfer des Novemberpogroms 1938

Gedenkveranstaltung, Freitag, 9. November 2012, 12 Uhr, Jawne, Erich-Klibansky-Platz, Köln

Der Arbeitskreis des Lern- und Gedenkortes Jawne lädt ein: „Am Freitag, den 9.11.2012, erinnert der Arbeitskreis wie seit vielen Jahren an die Opfer des Novemberpogroms 1938. Nach einem Workshop für SchülerInnen beginnt um 12 Uhr die Gedenk-

veranstaltung am Löwenbrunnen, bei der Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes sprechen und Schülerinnen des Irmgardis-Gymnasiums Arbeitsergebnisse aus einer Projektwoche vortragen werden. Dazu laden wir herzlich ein.“

Arsch Huh

Kundgebung, Freitag, 9. November 2012, 17.30 Uhr, Deutzer Werft

Arsch huh – Zäng ussenander 2012 – gegen Neonazis, Rassismus und Ausgrenzung, für eine solidarische Stadtgesellschaft! Infos unter: <http://www.arschhuh.de>



Ein Koffer spricht

Gedenkkonzert, Samstag, 10. November 2012, 20 Uhr, Bühne der Kulturen Köln

Nizza Thobi & Band spielen ein Gedenkkonzert zum 74. Jahrestag der Pogromnacht: „Ein Koffer spricht. Jüdisches Universum aus dem Koffer – eine Zeitreise mit Lied, Lyrik und Bild wider das Vergessen. Während der Reichspogromnacht am 9. November 1938 wurden in Köln die Synagogen in der Roonstraße, in der Glockengasse und in der Körnerstraße (Köln-Ehrenfeld) niedergebrannt, die Synagogen in der St.-Apern-Straße, in Deutz und in Mülheim wurden verwüstet. Im Oktober 1941 begann die Deportation der Kölner Juden, die in Zügen mit jeweils 1.000 Opfern in die Konzentrationslager im Osten verschleppt wurden. Über 7.000 ermordete Juden sind namentlich bekannt.“



Ort: Bühne der Kulturen, Platenstr. 32, 50825 Köln-Ehrenfeld

Kartenreservierung: 0221 - 955 95 10
www.buehnederkulturen.de

Gedenkveranstaltung Edelweißpiraten

Schweigemarsch, Samstag, 10. November 2012, 18 Uhr, Körnerstraße

Josef Wirges, Bezirksbürgermeister Ehrenfeld, lädt ein zu „einem Schweigemarsch mit anschließender Gedenkveranstaltung anlässlich der Ermordung unserer Ehrenfelder Edelweißpiraten“: „Am 10. November 2012 jährt sich zum 68. Mal der Tag, am dem in der Bartholomäus-Schink-Straße, der ehemaligen Hüttenstraße, 13 Menschen ohne Gerichtsurteil und öffentlich vor über 400 Zuschauern von Helfern des NS-Regimes exekutiert wurden. Zugleich wollen wir der Pogromnacht am 9. No-

vember 1938 und der Ermordung von 11 Zwangsarbeitern am 25. Oktober 1944 gedenken. Ich möchte Sie daher zu einem Schweigemarsch mit anschließender Gedenkveranstaltung für Samstag, 10. November 2012, Treffpunkt Körnerstraße in Ehrenfeld (an der ehemaligen Synagoge) 18 Uhr recht herzlich einladen.“

Ab 19 Uhr ist der Beginn der Gedenkveranstaltung an der Bartholomäus-Schink-Straße / Ecke Schönsteinstraße vor der Gedenktafel.

Großelternschaft in Regenbogenfamilien – wenn lesbische Töchter und schwule Söhne Eltern werden

Fachvortrag, Mittwoch, 14.11.2012, 14 Uhr, Familienhaus Ossendorfpark

LSVD, Stadt Köln, Bürgerschaftshaus Bocklemünd/Mengenich e.V. und outback stiftung laden ein: „Was kann heterosexuellen Großeltern dabei helfen, ihre eigene Bedeutung und Rolle in der Regenbogenfamilie zu finden? Was unterstützt sie darin, eine tragfähige emotionale Beziehung zu ihren biologischen und sozialen Enkelkindern herzustellen? Wo sind mögliche Gewinne und Grenzen des intergenerativen Miteinanders in Regenbogenfamilien? Diesen Fragen wird im Fachvortrag nachgegangen.“

Es werden zentrale Brennpunkte des intergenerativen Miteinanders in Regenbogenfamilien im Kontext der Familienplanung und des Familienalltags skizziert und auf dem Hintergrund psychosozialer Studien und fachlicher Dialoge diskutiert.“

Referentin: Ilka Borchardt, Projekt „Homosexualität und Familien“ im LSVD

Ort: Familienhaus Ossendorfpark, Franz-Raveaux-Str.5b, 50827 Köln

Anmeldung: wytora@outback-stiftung.de

Lesung gegen Rechts

Lesung, Mittwoch, 21. November 2012, 19 Uhr „Der Andere Buchladen“, Wahlenstr. 1, Köln-Ehrenfeld

Der ver.di Fachbereich Medien, Kunst und Industrie lädt gemeinsam mit dem ver.di-AK Antifaschismus/Antidiskriminierung zur Lesung ein: „Jüngst wurden die ‚Kameradschaft Aachener Land‘, die ‚Kameradschaft Hamm‘ sowie die Gruppierung ‚Nationaler Widerstand Dortmund‘ vom NRW-Innenministerium verboten, bereits im Mai traf es die ‚Kameradschaft Walter Spangenberg‘ aus Köln. Hat dieser Druck die braune Szene geschwächt? Oder befindet sie sich im Umbruch?“

Dominik Clemens, Herausgeber des Buches „Mythos Stolberg“ (Norderstedt 2012), berichtet über die Instrumentalisierung einer Gewalttat durch Neonazis vor den Toren Kölns und wird ausgewählte Passagen aus dem Sammelband lesen, um

anschließend ein erstes Fazit zu den Verboten ziehen.

Hendrik Puls, Mitarbeiter der Kölner Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK, legte jüngst eine wissenschaftliche Untersuchung zur sozialen Demagogie der Neonazis vor. Er liest aus seinem Buch „Antikapitalismus von rechts? Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD“ (Münster 2012).



Fokus Salafismus

Jahrestagung AK-Ruhr, Donnerstag/Freitag, 22. – 23. November 2012, Akademie Biggensee, Attendorn



Der AK-Ruhr lädt ein zu einer Tagung über fundamentalistische Strömungen bei Jugendlichen mit muslimischen Hintergründen: „Der Blick auf die Demokratieförderung und Maßnahmen gegen die Entwicklung von rechtsextremen Tendenzen bei Jugendlichen ist in der außerschulischen Bildungsarbeit präsent und es sind eine Vielzahl von Maßnahmen entwickelt und erprobt worden. Reicht es aber, dass man sich hierbei auf den Rechtsextremismus beschränkt?“

Wir leben in einer Gesellschaft, die von vielen unterschiedlichen Kulturen und Religionen geprägt ist. Auch hier entstehen Strömungen, die einfache Antworten auf komplexe Fragen geben. Sie bieten Anerkennung und Gemeinschaft, indem sie die eigenen Mitglieder erhöhen und (alle) anderen abwerten. Gemeinsam ist ihnen eine deutliche Distanz zur Demokratie und den individuellen Menschenrechten. Eine dieser Strömungen wurde in der letzten Zeit oftmals in den Medien diskutiert

und erörtert – Salafismus! Aber was verbirgt sich unter diesem Phänomen?

Was bedeutet das für die Jugendarbeit? Müssen wir nun neue und andere Kompetenzen erlernen, um mit dieser neuen Form von demokratiefeindlichen Strömungen umzugehen? Brauchen wir Informationen, um die verschiedenen salafistischen Strömungen verstehen und einordnen zu können? Und wie sollen wir nun mit dieser neuen Herausforderung umgehen? Diesen Fragen wollen wir auf der Jahrestagung des AK-Ruhr auf den Grund gehen.“

Referenten:

Albrecht Metzger (freier Journalist), Jochen Müller (Zentrum für demokratische Kultur), Ahmad Aweimer (Rat der muslimischen Gemeinden in Dortmund)

Ort:

Akademie Biggensee, Ewigerstraße 7, 57439 Attendorn

Anmeldung:

Jugendamt Dortmund / Respekt-Büro, Stefan Woßmann, Tel. 0231 - 5029942, swossmann@stadtdo.de

WerteDialog

Kongress, 26 – 28. November 2012, Hotel „Pullman Cologne“, Helenenstraße 14, Köln

Christliche, jüdische und muslimische Veranstalter/innen laden ein: „Der Kongress WerteDialog behandelt das Thema der Werteverständigung zwischen Menschen und Gruppen unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Beheimatung sowie kultureller Herkunft: Wie geschieht Wertebildung? Wie werden Werte begründet und kommuniziert? Wie ist ein gemeinsames Handeln aus ethischer Verantwortung möglich?

Der Kongress ist bundesweit und europäisch ausgerichtet. Eingeladen sind Wissenschaftler/innen und Praktiker/innen aus Seelsorge, Bildung und Sozialer Arbeit.“

Anmeldung:

<http://caritas.erzbistum-koeln.de/>



Wenn Wegschauen tötet – 13 Jahre „Nationalsozialistischer Untergrund“

Vortrag, Donnerstag, 29. November 2012, 20 Uhr, King Georg, Sudermannstr. 2, Köln



Das Bündnis „Verfassungsschutz auflösen“ lädt ein: „Als am 04. November 2011 Schüsse in einem Wohnmobil fielen, ahnte wahrscheinlich niemand,

dass damit der Weg einer rechten Terrorgruppe ein Ende nahm. Seitdem versuchen politische Gremien, Journalist_innen, aber vor allem auch Antifaschist_innen, das Geschehene zu erfassen und aufzuklären. Katharina König ist im Jena der 90iger Jahre aufgewachsen – Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe sind ihr ebenso wie Ralf Wohlleben, Andre Kapke, Tino Brandt und viele andere bereits von damals bekannt. Übergriffe auf bspw. das Jugendzentrum JG-Stadtmitte, aber v.a. antifaschistisch engagierte Menschen durch die

Thüringer Naziszene, erlebte sie teils persönlich mit. Seit 2009 sitzt sie für die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und ist Mitglied im dortigen Untersuchungsausschuss zum „Nationalsozialistischen Untergrund“. Seit mehreren Monaten versucht der Untersuchungsausschuss, v.a. durch Anhörungen sich der Atmosphäre der 90iger Jahre anzunähern und das Versagen der Zuständigen aufzuklären. Katharina König will nicht nur über die 13 Jahre des „Nationalsozialistischen Untergrund“ und die bisherigen Ergebnisse der Aufklärung reden. Sie will eine Situation in Ostdeutschland aufzeigen, in welcher Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe politisch sozialisiert wurden und rechte Netzwerke entstehen konnten, aus denen diese Mordserie resultiert. Sie wird das gesellschaftlich-politische Versagen und die Konsequenzen darstellen.“

Eintritt: 3 €

Giesbert-Lewin-Preis an Rolly Brings

Preisverleihung, Donnerstag, 29. November 2012, 19 Uhr, Käthe Kollwitz Museum

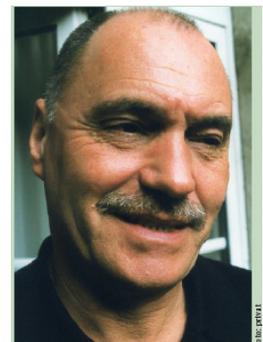
Die Kölnische Gesellschaft verleiht den Giesbert-Lewin-Preis in diesem Jahr an Rolly Brings: „Der Vorstand hat ihn aus mehreren Vorschlägen ausgewählt, weil er Zeit seines Lebens als engagierter Kämpfer gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung in jeder Form aufgetreten ist. Als langjähriger Hauptschullehrer hat er die Werte der Solidarität und des Widerstands gegen Ausgrenzung, denen seine Musik gilt, auch im Schulalltag tatkräftig verteidigt. Wir freuen uns auch sehr, dass bei dieser Veranstaltung Rolly Brings und Bänd zudem an diesem Abend das musikalische Rahmenprogramm gestalten.“

Anmeldung: bis zum 22. November unter dem Stichwort „Brings“.

Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Richartzstr. 2-4, 50667 Köln

Telefon (02 21) 61 72 84
Telefax (02 21) 61 72 86

info@koelnische-gesellschaft.de



Kritik an „Vermisst“-Kampagne Offener Brief der IG Keupstraße

Wir dokumentieren eine Pressemitteilung vom Oktober 2012: „Die Interessengemeinschaft Keupstraße e.V. hat sich mit einem Offenen Brief an die Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel gewandt. Im Brief kritisiert sie die umstrittene Verteilung von Postkarten der „Vermisst“-Kampagne des Bundesinnenministeriums in der Keupstraße.

Die Kampagne stelle Muslime in Deutschland unter Generalverdacht, mit islamistischen Terrorgruppen und religiösen Fanatikern zu sympathisieren und damit eine Gefahr für die Sicherheit des Landes darzustellen, schreibt Mitat Özdemir, der Vorsitzende der Interessengemeinschaft. Die „ungeschickte Aufmachung“ der Kampagne bestärke bestehende Vorurteile und Vorbehalte, die in Teilen der Gesellschaft gegenüber Muslimen noch immer bestünden.

Dass die Postkarten ausgerechnet in der Keupstraße verteilt wurden, dem Tatort des vom „Nationalsozialistischen Untergrund“ im Jahr 2004 verübten Bombenanschlags, empört die Interessengemeinschaft. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Straße litten noch immer unter den Folgen des Anschlags und den Verdächtigungen der Polizei, die über Jahre das Motiv für den Anschlag nicht in Rassismus sondern in möglichen „kriminellen Machenschaften“ der Bewohner suchte.

„Die Ermittlungsmethoden der Polizei und die öffentlichen Verdächtigungen haben Narben in unserer Straße und bei den Menschen hinterlassen, nicht nur psychisch sondern auch wirtschaftlich“, so Özdemir. Weiter heißt es in dem Brief zur Verteil-Aktion: „Wieder werden wir pauschal zu Unrecht verdächtigt. Wir staunen über die Dreistigkeit und

die offensichtlich mangelnde Sensibilität, mit der über die Köpfe der Menschen in der Keupstraße hinweg eine politische Kampagne durchgezogen wird.“

Man wende sich nun an die Bundeskanzlerin, damit diese sich mit Nachdruck für den Stopp der „Vermisst“-Kampagne einsetze. „Bitte helfen Sie uns, dass wir uns nicht weiter diffamiert fühlen, sondern unterstützen Sie uns beim Kampf gegen Vorurteile, Ausgrenzung und die Mauer der Intoleranz in den Köpfen“, appelliert Mitat Özdemir an die Bundeskanzlerin.

Die IG Keupstraße vertritt die Inhaberinnen und Inhaber von 108 Geschäften auf der Keupstraße in Köln-Mülheim.“

Der Brief ist hier im Wortlaut dokumentiert:
<http://www.mbr-koeln.de/2012/10/20/2041/#more-2041>



www.romasinti.eu Website informiert über Genozid an Roma



Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ teilt mit: „Die systematische Verfolgung der europäischen Roma durch das NS-Regime wurde nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit kaum thematisiert. Die

Website ist eine digitale Ausstellung und erzählt die Geschichte von sechs Kindern. Unter ihnen ist auch Santele Steinbach, deren Bild 50 Jahre lang als Symbol für die Judenverfolgung galt, die aber Santele war. Auf der Website findet sich auch ein umfangreiches Archiv, das über maßgebliche Daten, Personen und Begriffe informiert.“

<http://www.romasinti.eu/?deutsch#/archive/Anti-Roma-Gesetzgebung>

Roma-Mahnmal in Stolberg Bürgermeister unterstützt Projekt

Das Dürener Bündnis gegen Rechtsextremismus teilt mit: *„Der Stolberger Bahnhof soll ein neues Roma-Mahnmal für die deportierten Roma aus Stolberg bekommen. Bürgermeister Ferdi Gatzweiler unterstützt den Spendenaufruf. Spenden sind steuerlich absetzbar.“*

Wer spenden will, bitte an:
VVN/BdA Aachen, Postbank, Blz.: 500 100 60;
Konto-Nr.: 15962-605;
Verwendungszweck: Roma-Mahnmal Stolberg
Weitere Infos und Spendenaufruf:
<http://www.duerener-buendnis.de/2012/sammlung-fur-denkmal-in-stolberg/>

Demokratisch Handeln Ein Wettbewerb für Jugend und Schule

Der Wettbewerb „Demokratisch Handeln“ wird seit 1990 für alle allgemeinbildenden Schulen in Deutschland ausgeschrieben. Mit der Aufforderung "Gesagt! Getan: Gesucht werden Beispiele für Demokratie. In der Schule und darüber hinaus" sollen schulische Gruppen angesprochen, insbesondere aber Schülerinnen und Schüler zum Mitmachen gewonnen werden. Ideelle Partner des Wettbewerbs sind die Theodor-Heuss-Stiftung e. V. und die Akademie für Bildungsreform. Mitglieder dieser beiden bürgerschaftlichen Initiativen haben einen „Förderverein Demokratisch Handeln e. V.“ gegründet, der den Wettbewerb trägt und am Lehrstuhl für Schulpädagogik und Schulentwicklung der

Friedrich-Schiller-Universität Jena eine Geschäftsstelle eingerichtet hat. Teilnehmen können Schülerinnen und Schüler alleine, in Gruppen oder zusammen mit Lehrenden, aller Schularten und Schulstufen, auch mit Eltern und mit Jugendarbeitern. Es interessieren Themen und Projekte aus dem Alltag von Schule und Sozialarbeit, insbesondere solche, die eine eigenverantwortliche Tätigkeit der Schülerinnen und Schüler ermöglichen.

Weitere Informationen unter:
<http://www.demokratisch-handeln.de/wettbewerb/index.html>

Zusammenhänge erläutert DGB-Publikation zur europäischen Migrations- und Antirassismuspolitik

Aus dem Newsletter „Aktiv + Gleichberechtigt Oktober 2012“: *„Der DGB-Bundesvorstand hat vor Kurzem die Online-Broschüre „Europäische Migrations- und Antirassismuspolitik – Überblick über die laufenden Vorhaben und Vorgänge“ veröffentlicht. Darin werden rechtliche Regelungen zu den Themen Migrations- und Antirassismuspolitik vorgestellt und in größere Zusammenhänge eingeordnet. In einem Schwerpunkt geht es um die Richtlinienentwürfe der Kommission zur konzerninternen Entsendung und zur Saisonarbeit. Berichtet wird über*

die Anhörung dazu im Bundestag, bei der auch Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften zu Wort kamen. Ein Kritikpunkt: Hier gehe es im Kern um konzerninterne Leiharbeit, die als solche behandelt werden müsse. Ein weiterer Teil der Veröffentlichung besteht aus Kurznachrichten. Dazu gibt es zahlreiche Links zu den Originaldokumenten der EU.“

Die Broschüre steht im Internet unter:
<http://www.dgb.de/-/pcV>

Aktiv gegen Rechts

ver.di veröffentlicht Broschüre zum gewerkschaftlichen Engagement



Aus dem Newsletter „Aktiv + Gleichberechtigt Oktober 2012“: „Die Broschüre beleuchtet die Aktivitäten der Gewerkschaften gegen Rechts unter der Perspektive, dass die Zeit von 1933 bis 1945 sich nicht wiederholen dürfe. Ein Kapitel bietet einen Überblick über die Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit der extremen Rechten insbesondere in der Bundesrepublik.“

Ein weiteres Kapitel untersucht das unterschiedliche nicht zuletzt von Interessen geleitete Gedenken und Erinnern in den beiden früheren deutschen Staaten. Auch im wiedervereinigten Deutschland ist Erinnern ein schwieriges Feld. Dazu heißt es: „Die große Mehrheit verbindet mit Opfern aus der NS-Zeit in erster Linie die gefallenen Soldaten der Wehrmacht, die Opfer des Bombenkriegs und von Flucht und Vertreibung.“ Deshalb sei es notwendig, Gedenktage dafür zu nutzen, historische Zusammenhänge zu beleuchten und Schlüsse daraus zu ziehen: „Gedenken und Erinnern wendet sich nicht nur gegen das Vergessen. Erinnern muss auch Konsequenzen haben. Diese sind Auftrag und Verpflichtung zum Engagement. Dies sind wir den Millionen Opfern der menschenverachtenden nationalsozialistischen Diktatur schuldig.“

Weitere Themen, die behandelt werden, sind die Entwicklung rechter Parteien in Deutschland, „rechte Barbarei heute“ und die soziale Demagogie rechter Parteien. Abgerundet wird das mit Literaturhinweisen, Tipps und Informationen.“

Die Broschüre steht zum Download unter:

<http://zako.verdi.de/data/verdi-Broschre-Aktiv-Endfassung.pdf>

Nach Rückzug

Verein aus Merkenich-Golzheim bekommt Sonderpreis gegen Rechts

„Die IG Golzheim aktiv zieht sich aus dem Wettbewerb des Deutschen Engagementpreises zurück – Konsequenz aus unerwünschter rechtsextremer Unterstützung. Die Organisatoren des deutschen Engagement-Preises haben uns mitgeteilt, dass auf Internetseiten rechtsextremer Parteien und auf deren Facebook-Seiten massiv dafür geworben wurde, unserem Konkurrenten, ‚Endstation Rechts – Storch Heinar‘ die Chance auf den Sieg zu nehmen, in dem zu einer Stimmabgabe zu Gunsten der IG Golzheim aktiv aufgerufen wurde. Facebook-Einträge dokumentieren, dass es aus diesem Lager zu Stimmabgaben für uns gekommen ist. Der Vorstand der IG Golzheim aktiv hat die Teilnahme am Wettbewerb unverzüglich zurückgezogen und erklärt ausdrücklich, dass er den

möglichen Gewinn nicht mit Hilfe von Stimmen aus dem rechten Lager erzielen möchte!

Wir distanzieren uns ausdrücklich von jeglichem rechtsextremen Gedankengut und werden dies auch im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit erklären.

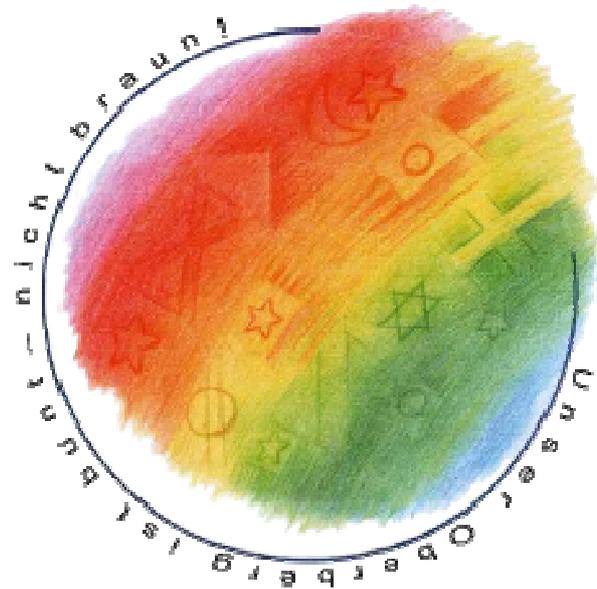
Wir werden trotz dieser Enttäuschung weiterhin unsere Ziele verfolgen und uns unser Engagement nicht nehmen lassen“, so hieß es auf der Website der IG Golzheim, die sich altersübergreifend u. a. für ihre Nachbarn engagiert. Für ihre Konsequenz bekommt sie nun einen Sonderpreis von einer der größten Versicherungsgruppen Deutschlands, der Generali Deutschland. Durch ihren Rückzug aus dem Wettbewerb „deutscher Engagementpreis“ hätten die Vereinsmitglieder ein Zeichen gegen Rechts gesetzt, heißt es vom Sponsor.

Unterstützung für Bündnisse Oberbergischer Kreis finanziert Arbeit gegen Rechts

Der „Runde Tisch gegen Rechts“ aus Radevormwald kann sich fortan über Unterstützung für seine Arbeit freuen. Seit einigen Wochen arbeitet Fatih Yilmaz für den Verein und koordiniert die umfangreicher werdenden Aktivitäten. Seine Stelle wird mit Mitteln des Oberbergischen Kreises finanziert, der ein „Netzwerk gegen rechtsradikale Kräfte“ gegründet hat. Der „Runde Tisch“ bietet nun an jedem ersten und dritten Montag eines Monats Beratungsgespräche an. Bürgerinnen und Bürger, die Probleme mit Rechtsradikalen haben, können zwischen 16 und 18 Uhr Fatih Yilmaz und die Vereinsaktiven kontaktieren. Die Sprechstunden finden in der Sparkassenfiliale Dahlerau an der Kirchstraße statt. Der erste Termin findet am 5. November 2012 statt.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat mit Mitteln des Kreises eine Koordinierungsstelle des „Netzwerks gegen rechtsradikale Kräfte“ in Gummersbach eingerichtet. Gudrun Martineau ist die neue Ansprechpartnerin für interessierte Schulen, Vereine oder Stadtverwaltungen, die Informationen über rechtsradikale Vorkommnisse suchen oder Präventionsmaßnahmen und Aktionen durchführen wollen. Auch sollen verstärkt Fortbildungen für Multiplikatoren durchgeführt werden. Der Kreis stellt zudem Fördermittel zur Verfügung, mit denen diese Maßnahmen finanziert werden können.

Die Arbeit der Koordinierungsstelle wird von der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im RB Köln“ fachlich begleitet. Die Mitarbeiter des NS-DOK stehen seit zwei Jahren im engen Kontakt mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen im Oberbergischen und sind auch beratende Mitglieder des kreisweiten Netzwerks. Gudrun Martineau war lange Zeit für den Verein „Unser Oberberg ist bunt – nicht braun“ tätig. (mf)



„Rechte Gewalt in Deutschland. Dimensionen – Wahrnehmungen – Diskurse“ Tagungsbericht jetzt online

„Überrascht hat uns nicht die Tatsache rechten Terrors, sondern vor allem, dass wir das so nicht haben kommen sehen“, machte Andrea Röpke, Fachjournalistin und langjährige Beobachterin der extrem rechten Szene in Deutschland, ihre Wahrnehmung der NSU-(Selbst-)Aufdeckung deutlich. Gemeinsam mit Dr. Stefan Dierbach, Bianca Klose, Hans-Peter Killguss und Dr. Mehmet Ata sowie knapp 50 TeilnehmerInnen aus Wissenschaft und Praxis diskutierte Röpke am 7. und 8. September 2012 über „Rechte Gewalt in Deutschland“. Im Rahmen der von IDA-NRW (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen), dem Geschichtsort Villa ten Hompel sowie der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim) veranstalteten Tagung ging es zum einen darum, die Entwicklungslinien, Dimensionen und Ausprägungen Rechter Gewalt in Deutschland zu bilanzieren. Diese hat seit 1990

nicht nur weit über hundert Todesopfer gefordert, sie hat unter jenen, die in den Weltbildern der extremen Rechten zu Feinden erklärt werden, vielfach auch permanente Angst und Verunsicherung hervorgerufen. Diese Bedrohungsgefühle und oftmals auch realen Gewalterfahrungen haben bislang allerdings kaum gesellschaftliche, mediale und politische Aufmerksamkeit erfahren. Somit richtete sich der Fokus der Tagung in kritischer Perspektive auch auf die öffentlichen Wahrnehmungen von und die Diskurse über Rechte Gewalt in Deutschland.

Weiterlesen unter:

<http://www.mbr-koeln.de/2012/10/08/tagungsbericht-rechte-gewalt-in-deutschland-dimensionen-wahrnehmungen-diskurse/>

Am rechten Rand Neues von der extremen Rechten in Köln und Umland

Die Rechte gründet Ortsvereine: Im letzten Newsletter berichteten wir über die Gründung des Landesverbandes NRW der neuen extrem rechten Partei Die Rechte. Auf ihrem zweiten Bundesparteitag am 13.10.2012 in Ludwigshafen wurden neben einigen parteirechtlichen Veränderungen in Satzung und Finanzordnung auch Personalentscheidungen getroffen. So rückten die beiden Landesvorsitzenden aus NRW Dennis Giemsch

und Sascha Krolzig als Beisitzer auch in den Bundesvorstand vor. Giemsch gehörte vorher dem Nationalen Widerstand Dortmund an, Krolzig der Kameradschaft Hamm, beides Kameradschaften, die im August 2012 verboten worden waren. Der Blick nach Rechts (bnr.de) berichtet, dass inzwischen auch einzelne Ortsgruppen in NRW existieren. So in Dortmund, Hamm, Mülheim, Münster und im Rhein-Erft-Kreis. Näheres ist bisher nicht bekannt.

Razzia bei „pro Köln“: Am Morgen des 23.10. durchsuchten Polizeibeamte 17 Büros und Wohnungen von „pro Köln“-Politikern und Sympathisanten in Köln, Leverkusen und Berlin. Neben dem Fraktionsbüro am Kölner Heumarkt waren auch die Anwaltskanzlei des Vorsitzenden Markus Beisicht in Leverkusen sowie Räume von Manfred Rouhs in Berlin betroffen. Rouhs steht der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ vor, saß aber lange Jahre als Abgeordneter von „pro Köln“ im Stadtrat der Domstadt. Auch die aktuellen fünf Ratsmitglieder von „pro Köln“ waren von den Durchsuchungen betroffen.

Pro Köln soll über den Zeitraum von vier Jahren Geld im hohen fünfstelligen Bereich unrechtmäßig von der Stadt bekommen haben. Grundlage seien gefälschte Fraktionssitzungsprotokolle. Für Fraktionssitzungen stehen Ratsmitgliedern und sogenannten sachkundigen Bürgern, die die Partei in Ausschüssen des Stadtrates vertreten, Aufwandsentschädigungen seitens der Stadt zu. Doch etliche dieser Sitzungen sollen nie stattgefunden haben. Der Kölner Stadtanzeiger errechnete, dass bei einer durchschnittlichen Tagungszahl von 208 mal im

Jahr, wie sie die Protokolle von „pro Köln“ vorweisen, die Partei damit abzüglich der Feiertage und Schulferien an fast jedem Werktag im Jahr getagt haben müsste. Im Jahre 2011 sprangen dadurch 95.084 Euro für die Partei heraus, zum Vergleich: Die weitaus größere CDU kommt auf gerade einmal zwei Drittel des Betrages.

„Pro Köln“ streitet die Vorwürfe ab und spricht von „Einschüchterung“ und „Verleumdung“, wodurch die Instrumentalisierung der Staatsanwaltschaft in bester „weißrussischer oder chinesischer Tradition“ deutlich werde.

Sollten sich die Vorwürfe als zutreffend erweisen, wäre dies eine mehr als peinliche Nummer für „pro Köln“. Denn immerhin versucht die Partei seit geraumer Zeit, sich als Anti-Abzocke-Partei und Anwalt der kleinen Leute zu profilieren. Zusätzlich wurde der Stadt mehrfach vorgehalten, unnötig Geld für fragwürdige Anlässe zu verschleudern. Wer im Glashaus sitzt...

Ihre Mandate würde „pro Köln“ aber trotzdem nicht verlieren, da eine Abwahl von Ratsmitgliedern in NRW nicht vorgesehen ist. (mf)

Überparteilicher Jugendverband gegründet: Am 15.09. wurde in Remscheid der überparteiliche „Ring freiheitlicher Jugend Deutschlands“ (RFJ) gegründet. Abgeguckt hat man sich den Namen bei der Jugendorganisation der FPÖ, dem „Ring freiheitlicher Jugend Österreichs“. Beteiligt an der Gründung waren die „pro-Bewegung“, die „Republikanische Jugend“, Mitglieder der Partei „Die Freiheit“ und der „German Defence League“. Zum Vorsitzenden wurde der „pro NRW“-Jugendbeauftragte Tony-Xaver Fiedler gewählt. Stellvertreter wurde je ein Mitglied der genannten Parteien

oder Gruppen. Aufgabe sei es, „die Einigung im freiheitlichen Spektrum voranzutreiben“ und „die nächste Generation freiheitlicher Politiker (...) auf ihre Aufgabe vorzubereiten“. Gleichzeitig wurde auch das neu gegründete Magazin „Objektiv“ vorgestellt. Zielgruppe sind laut eigenen Angaben „Schüler und Studenten“. Es hat bereits erste Verteilaktionen gegeben. Fiedler fungiert als Herausgeber und Chefredakteur in Personalunion.

Die ibs wird in Kürze eine Handreichung zur „Objektiv“ veröffentlichen.

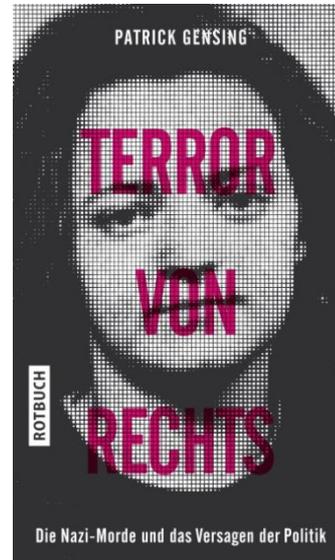
Neu in der Bibliothek

Terror von rechts

Nach „Angriff von rechts“ legt der Journalist und Patrick Gensing mit „Terror von Rechts. Die Nazi-Morde und das Versagen der Politik“ nun sein zweites Buch vor. Kenntnissreich zeigt der Autor auf, in welchem Milieu sich die späteren Mitglieder des NSU und seines Unterstützernetzwerkes sozialisieren konnten. Die rassistische Gewaltwelle Anfang/Mitte der 1990er-Jahre war, so Gensing, die „Initialzündung für die heranwachsende rechtsextreme Bewegung“. Anhand zahlreicher Beispiele werden die Dimensionen dieser Bewegung aufgezeigt und ihre engen Verbindungen zur NPD. Die These, dass sich mit dem NSU eine Qualität der rechtsextremen Gewalt aufgetan hat, versieht der Autor mit einem Fragezeichen. Denn dass rechte Gewalt eine unselige Tradition habe, die weiterlebe – in Deutschland sowie im Rest von Europa –, das „haben Anschläge und Überfälle, Waffenfunde und Wehrsportgruppen der extremen Rechten in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt“.

Im zweiten Teil legt Patrick Gensing, der u. a. für tagesschau.de und Panorama arbeitet und den Blog publikative.org betreibt, eindrücklich dar, wie sich in Bezug auf den Rechtsextremismus eine Kultur des Wegschauens und Verharmlosens etabliert hat. Die sächsische Neonazi-Gruppe Sturm 34, die „über Jahre eine Region terrorisierte, mehrere Überfälle mit Schwerverletzten verübte“ und eine „national befreite Zone‘ schaffen wollte“, sei in Sachsen nicht als kriminelle Vereinigung angesehen, friedliche zivilgesellschaftliche Proteste kriminalisiert. Dabei handele es sich nicht um einen Einzelfall, vielmehr würden bundesweit mit der Extremismus-Doktrin die Nazi-Gegner unter Verdacht gestellt, gegen die Demokratie zu arbeiten.

Auch das Thema Verfassungsschutz wird nicht ausgespart: „Warum werden aus Skandalen und Versäumnissen keine Konsequenzen gezogen?



Wie ist es in einem demokratischen Rechtsstaat möglich, dass ein Geheimdienst das Verbot der NPD durch seine frag- und kritikwürdigen Kooperation mit den Neonazis verhindert und die Öffentlichkeit den Wert der Informationen dieser V-Leute nicht einmal bewerten kann? Warum kann ein Geheimdienst indirekt Politik machen?“ fragt er im Kapitel „Pannen im System“

und schiebt die Antwort direkt hinterher: „Weil es sich eben um einen Geheimdienst handelt, jede Transparenz endet an den Pforten der Verfassungsschutzämter.“

Bücher wie „Die Zelle“ oder „Das Zwickauer Terror-Trio“ stellen das Innenleben des NSU und seine Aktivitäten dar. Dazu ist Gensings „Terror von rechts“ eine optimale Ergänzung, die den gesellschaftspolitischen Kontext beleuchtet.

Patrick Gensing: Terror von rechts.

Die Nazi-Morde und das Versagen der Politik,
240 S., 14,95 €, ISBN: 978-3-86789-163-9



Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft

Aus dem Klappentext: „Die Diskussion über einen spezifischen Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft wirft neue und grundsätzliche Fragen auf: Welche Auswirkungen hat die Rezeption des

Nahostkonflikts auf das Lernen über den Nationalsozialismus und die Shoah? Und für welche aktuellen Formen von Diskriminierung gilt es den Blick zu schärfen? Diese Beiträge bieten Interessierten:

- einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zum Thema
- Zugang zu multiperspektivischen Konzepten,

- Strukturierungshilfen und Fallbeispiele für die pädagogische Praxis.

Aus dem Inhalt:

Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft:

Eine Einführung

- Aufgabenstellungen, Möglichkeiten und Grenzen der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft
- Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland als empirisches Problem und mediale Zuschreibung
- Bildungsarbeit im Kontext von sekundärem Antisemitismus und antimuslimischen Tendenzen

Antisemitismus im globalisierten öffentlichen Raum

- Zwischen Berlin und Beirut. Antisemitismus und die Rezeption des Nahostkonflikts durch Jugendliche arabischer und türkischer Herkunft
- „Ich dachte immer, dass das in Deutschland gar nicht so schlimm wäre.“ Die Geschichte von Herrn Tamms Laden als Lehrstück zum Problem des aktuellen Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft
- Antisemitismus im Kontext von Ökonomiekritik. Eine Unterrichtseinheit der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus
- Fallstricke und blinde Flecken in der Bekämpfung des Antisemitismus
- Zur Ideologie antisemitischer Israelkritik
- Zum Zusammenhang von Ethnisierungen und antisemitischen Konstruktionen in Beobachtungshaltungen heutiger Jugendpädagog/innen
- Antisemitismus und multikulturelle Gesellschaft: Das Verständnis von Judenfeindschaft in Großbritannien

Perspektiven und Konsequenzen für die Bildungsarbeit

- „Über“, „aus“, „gegen“ oder „wegen“ Antisemitismus lernen? Begründungen, Themen und Formen politischer Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus
- Identität, Sozialität und Ethik in der Migrationsgesellschaft.“

Mit Beiträgen von Christian Brühl, Mehmet Can Richard Gebhardt, Anne Klein, Hans-Peter Killguss, Heiko Klare, Doerte Letzmann, Marcus Meier, Astrid Messerschmidt, Jochen Müller, Hendrik Puls, Heike Radvan, Barbara Schäuble, Albert Scherr, Michael Sturm, Maike Weißpflug, Juliane Wetzel.
Unter Mitarbeit von Dominik Clemens

Richard Gebhardt / Anne Klein /
Marcus Meier (Hrsg.)

Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft

Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit
2012, 232 Seiten, broschiert
€ 29,95
ISBN 978-3-7799-2830-0

Das Geschäft mit der Angst

Mit Kampagnen gegen Moscheebauten, Minarette oder schlicht gegen „den Islam“ versuchen Rechtsaußenparteien, in Europa Zustimmung zu gewinnen. Auseinandersetzungen wie die um das muslimfeindliche Schmähdvideo „Die Unschuld der Muslime“, das in einigen Ländern zu schweren Ausschreitungen geführt hat, versuchen sie, für ihre Zwecke zu nutzen. Dabei machen diese Bewegungen, wie es ein Mitglied der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) einmal ausgedrückt hat, ein „Geschäft mit der Angst“. Sie schüren Konflikte aggressiv mit rassistischer Stoßrichtung, um Aufmerksamkeit und Gegenproteste hervorzurufen.

Die Veröffentlichung „Das Geschäft mit der Angst“ dokumentiert die gleichnamige Tagung vom Oktober 2011 in Köln mit über 200 Besucherinnen und Besuchern.

Sie umfasst 14 Beiträge, unter anderem von Navid Kermani und Patrick Bahners, damaliger Feuilleton-Chef der FAZ, sowie von internationalen Autoren und Autorinnen. Die Beiträge beschreiben die Erscheinungsformen islamfeindlicher Propaganda in verschiedenen Ländern Europas und vergleichen sie vor dem Hintergrund eines gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozesses miteinander. Des



Weiteren erörtern die Autoren, wie der muslimfeindliche Rassismus von Rechtsaußen in Deutschland Fuß zu fassen versucht.

Zudem diskutiert die Publikation die städtischen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen Rassismus und die Möglichkeiten gemeinsamer Handlungsstrategien. Die Veröffentlichung will zu einer vertieften Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rechtsextremismus, Rassismus und Muslimfeindlichkeit beitragen. „Die hohe Besucherzahl und die positiven Rückmeldungen zu den Inhalten der Tagung haben uns in unserem Anliegen bestärkt, bei der Auseinandersetzung mit rassistischen und rechtsextremen Erscheinungsformen den Blick über den regionalen und nationalen Tellerrand hinauszurichten. So können wir von Erfahrungen aus anderen Regionen und Ländern sowie durch Austausch voneinander lernen“, so die Herausgeber.

Die 148-seitige Broschüre kann für 9,90 Euro telefonisch über die Rufnummer 0221/221-26332 oder per E-Mail unter nsdok@stadt-koeln.de bestellt werden.

Alexander Häusler und Hans-Peter Killguss (Hrsg.): Das Geschäft mit der Angst. Rechtspopulismus, Muslimfeindlichkeit und die extreme Rechte in Europa, NS-Dokumentationszentrum, Köln 2012, 148 S., ISBN 978-3-938636-18-3. Beiträge und Materialien 6 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus

Impressum

Redaktion: Hans-Peter Killguss

Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln

Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de/ibs